Newsletter März 2021

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

die dritte Pandemiewelle hat uns erreicht. Und sie wird uns mit voller Wucht treffen, denn die neues Virus-Varianten bergen ein höheres Risiko als das bisherige Covid-19-Virus. Umso ärgerlicher ist es, dass die Landesregierung nach dem Impfchaos am Anfang des Jahres nun auch in Sachen Schnelltests und Schulöffnungen noch mehr Chaos stiftet als dass sie Orientierung schafft. Übernehmen dann aber andere in der Bekämpfung der Pandemie Verantwortung, wie es zuletzt auch Dortmund tun wollte, dann setzt Armin Laschet zum Gegenangriff an: alles nur Wahlkampfgetöse. Aber von wem eigentlich? Von den verzweifelten Kommunen oder doch eher vom neuen CDU-Vorsitzenden, der im Kanzlerfindungsduell immer mehr den Kürzeren zieht.
Da kommt dann auch die Maskenaffäre zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt. Sich als Abgeordneter an den Bürger*innen zu bereichern, so etwas macht man nicht. Daher brauchen wir endlich schärfere Regeln in Bezug auf Transparenz und Lobbyismus in den Parlamenten – auch im Landtag. Für mich von Anfang an eine Selbstverständlichkeit. Auf meiner Internetseite informiere ich ausführlich über meine Einkünfte und meine ehrenamtlichen Nebentätigkeiten.
Der März war aber auch der Monat der Gleichstellung. In der „Frauenkampfwoche“ habe ich mich vielerorts für Entgeltgleichheit und mehr Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungen eingesetzt. Die Anhörung zum Paritätsgesetz zeigte zudem: ein solches Gesetz ist mit unserer Verfassung vereinbar.
Jetzt heißt es, ein paar Tage runterschalten und Kraft tanken für die nächsten Monate. Ich wünsche Ihnen/Euch ein frohes Osterfest! Bleiben Sie/bleibt gesund!

Frohe Ostern

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Das Chaos der Landesregierung gefährdet die Gesundheit der Menschen

Und das Chaos war perfekt! Die letzte Plenarwoche vor Ostern sollte mittwochs eigentlich mit der Unterrichtung zu den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) aus der vorausgegangenen Nacht starten, da ging die Nachricht über den Ticker, dass die in die Kritik geratene Osterruhe in einer Sondersitzung der MPK nun doch wieder gekippt werden solle und die Bundeskanzlerin sich bei den Menschen für die wirren Beschlüsse entschuldigen wolle. Was für ein demütiger Schritt einer Kanzlerin, die damit zugab, in welchem Machtvakuum sie sich als mächtigste Frau der Welt gerade befindet.

Und sie hatte Recht mit ihrer Entscheidung, den Beschluss wieder zu kippen. Er führte zu Verunsicherung bei den Menschen. Kein Mensch wusste, was diese Osterruhe eigentlich sein sollte und welche Konsequenzen sie hätte. Muss ich arbeiten? Erhalte ich meinen Lohn? Wird der Lohn, den ich meinen Mitarbeiter*innen weiter zahlen muss, entschädigt?

Merkels Demut würde ihrem Parteivorsitzenden, dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet auch gut zu Gesicht stehen. Stattdessen erleben wir, wie das Land geradewegs in die dritte Welle der Pandemie steuert, während Bund und Länder mit immer unverständlicheren Entscheidungen darauf reagieren. Reaktion statt vorausschauende Planung – so lässt sich auch das Krisenmanagement von Laschet, Laumann, Gebauer & Co knapp beschreiben. Die Pandemie wird eher verwaltet, als dass sie effektiv bekämpft wird.

Nirgends wurde das so sichtbar, wie bei der Schulöffnungs- und -schließungsdebatte der letzten Tage. Wenn man sieht, dass die 7-Tages-Inzidenzzahlen rasant steigen, dann muss man Verantwortung übernehmen und handeln. Das haben Kommunen wie Dortmund, Duisburg und der Kreis Düren gemacht und sich prompt eine Rüge beim Land abgeholt. Sie wollten angesichts der Entwicklung handeln, bevor es zu spät ist. In Düren lag die Inzidenz mittlerweile bei 240. In den anderen beiden Städten stieg sie exponentiell in Richtung 100. Die betroffenen Kommunen wollten die Schulen schließen, denn dort ist die Ansteckungsgefahr in engen Klassenräumen hoch und durch die neuen Virusvarianten das Risiko für Kinder und Jugendliche umso höher.

Dem haben Armin Laschet und Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann ganz schnell einen Riegel vorgeschoben, ohne aber zu sagen, wie die Kommunen stattdessen angemessen handeln sollen. Es kann doch nicht sein, dass man den Kommunen sagt: Reicht mal Eure Ideen ein, am Besten in dreifacher Ausfertigung und wir genehmigen das dann oder eben auch nicht. Entweder gibt man den Kommunen die Flexibilität, die sie in einer solchen Krise brauchen oder man macht klare Vorgaben, wie sie handeln sollen. Dieses Rumgeiere jedenfalls gefährdet die Gesundheit der Menschen. Und es ist nicht statthaft, der SPD dabei Wahlkampfgetöse vorzuwerfen, während man selbst im Nachgang ausgerechnet CDU-Kommunen mit einer niedrigeren Inzidenz erlaubte, Schulen zu schließen, während SPD-geführten Kommunen mit teils sehr hohen Inzidenzzahlen dies weiterhin verwehrt wurde.

Dabei wäre eine Öffnung der Schulen durchaus möglich, wenn denn die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Und die lauten: Testen, testen, testen! Und das nicht nur einmal pro Woche, wie

es nun vorgeschrieben ist, sondern jeden Tag. Das sagte in der letzten Sitzung des Gesundheitsausschusses übrigens auch Prof. Dr. Christiane Woopen, ihres Zeichens nicht nur ehemalige Vorsitzende des Deutschen und aktuelle Vorsitzende des Europäischen Ethikrats, sondern auch Mitglied im Corona-Expert*innenrat der Landesregierung. Sie berichtete außerdem, dass der Expert*innenrat bereits im April 2020 (!) die Erstellung einer umfassenden und flächendeckenden Teststrategie empfahl.

Wann werden sie uns endlich eine Teststrategie liefern, Herr Laumann? Eine Forderung, die auch wir als SPD-Fraktion seit Frühjahr letzten Jahres immer wieder gestellt haben. Die Schuld beim Bund zu suchen, weil dieser die Beschaffung von Tests nicht hinbekommt, reicht uns nicht aus. Auch das Land kann Tests beschaffen – frühzeitig!

In der Plenarsitzung des Landtags am 4. März versprach der Ministerpräsident, dass in Schulen und Kitas einmal pro Woche getestet werde. Am 15. März startete dann der Wechselunterricht in den Schulen. Die Beschaffung der Schnelltests war da aber noch lange nicht am Start. Erst am 12. und am 18. März beschloss der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags auf Antrag der Landesregierung die dringliche Beschaffung der Selbsttests, damit jede*r Schüler*in immerhin noch einmal vor Ostern getestet wird. Kurz gefasst: Als die Schulen am 15. März öffneten, waren natürlich keine Tests vor Ort.

Die übrigen Bediensteten in der Landesverwaltung müssen, auch wenn sie Publikumsverkehr haben, noch länger warten. Sie sind für die Landesregierung als „nachrangig“ anzusehen. Für sie werden Schnelltests erst Ende April zur Verfügung stehen.

Da frage ich mich:

1. Wieso erfolgte die Ausschreibung erst ganze zwei Wochen nach Laschets Ankündigung?
2. Was hat die Landesregierung eigentlich in den letzten drei Monaten, in denen die Schulen geschlossen waren, getan?

Schüler*innen-, Eltern- und Elternverbände laufen Sturm. Es wünschen sich alle, dass die Schulen wieder aufmachen, aber unter den aktuellen Rahmenbedingungen kann sich das keine*r vorstellen. Schüler*innen und Eltern machen sich ernsthaft Sorgen um ihre bzw. die Gesundheit ihrer Kinder.

Die SPD-Fraktion hat sich in den letzten Monaten immer wieder konstruktiv in die Bewältigung der Krise eingemischt. Im Februar hatte wir einen 5-Punkte-Plan eingebracht:

1. Konsequente Teststrategie
2. Neue Impfstrategie, nachdem der Impfstart deutlich in die Hose ging – bessere Terminvergabe (nach Jahrgängen), Wartelisten, wenn Impfstoff durch Terminabsage frei wurde, flexiblere Lösungen vor Ort (Impfbusse, mehrere Impfzentren pro Kreis, Einbeziehung der Hausärzt*innen)
3. Entwicklung einer Mutationsstrategie – auf Mutationen testen, dezentrale Produktion von Impfstoffen
4. Demokratische Legitimierung aller Corona-Maßnahmen
5. Einführung eines langfristig angelegten inzidenzbasierten Stufenplans, der vorgibt, bei welchen Inzidenzen welche Maßnahmen greifen sollen. Dies schafft Sicherheit und Perspektive.

Punkt 4. konnten wir in der letzten Plenarwoche erfüllen. Der Landtag hat das Infektionsschutz- und Befugnisgesetz NRW modifiziert. Die Berichtspflichten der Landesregierung wurden verschärft und zukünftig hat der Landtag die Möglichkeit, der Landesregierung Leitlinien zur Bekämpfung der Pandemie vorzugeben. Außerdem haben wir die Einrichtung eines Parlamentarischen Begleitgremiums „Covid-19-Pandemie“ beschlossen.
Ansonsten gilt es für die Landesregierung nun, folgende Eisen aus dem Feuer zu holen: Sie muss ihren Kampf gegen die Kommunen beenden und sie wieder mit ins Boot holen. Denn ohne sie werden wir die Pandemie nicht bekämpfen. Es muss endlich flächendeckend getestet werden. NRW darf bei dieser wichtigen Maßnahme nicht weiter Schlusslicht bleiben. Und schließlich muss die Landesregierung endlich auf ihren eigenen Expert*innenrat hören.

Abgeordnete sind Diener des Volkes und keine Dealer

Das Vertrauen der Bürger*innen ist das Fundament des deutschen Parlamentarismus. Für mich war es etwas Ehrenvolles, als ich vor vier Jahren Mitglied des Landtags wurde. Ein hohes Amt, das ich mit Respekt und größtem Verantwortungsbewusstsein ausführe. Hierbei hat sich jede*r Abgeordnete an Regeln zu halten. Wir dienen dem Volke.
Diesen hohen moralischen Maßstab befolgen leider nicht alle gewählten Politiker*innen. In der größten Krise der Bundesrepublik meinten einige wenige aus Reihen von CDU und CSU sich schamlos auf Kosten der Menschen bereichern zu müssen. Die Maskenaffäre zerstört gerade immens das Vertrauen in Politik und Staat. Gerade in einer Zeit, in der es wichtig wäre, sich auf seine gewählten Vertreter*innen verlassen zu können.

Und auf einmal sind schärfere Transparenz-Regeln, die seit Jahren von der SPD gefordert werden, doch möglich. Es scheint, als wenn so manche*r in Reihen der Union wohl doch kapieren mag, dass Transparenz am Ende die Akzeptanz von Politik stärkt und damit dann auch die parlamentarische Zukunft manches CDU- und CSU-Politikers.
Aber nicht nur im Bund braucht es klarere und schärfere Regeln, wie ein Lobbyregister für den Bundestag, die Kriminalisierung von Abgeordnetenbestechung und -bestechlichkeit oder Höchstbeträge bei Parteispenden. Deshalb haben wir ein Gesetz in den Landtag eingebracht, das Provisionen, Vorteile oder Jobs als Gegenleistung für Amtshandlungen von Abgeordneten genauso unterbindet wie Lobbytätigkeiten gegen Bezahlung und Spendenannahmen. Optionen auf Gesellschaftsanteile und Beteiligungen an Unternehmen sollen für Abgeordnete anzeigepflichtig werden.
Wir wollen, dass Abgeordnete auch den Umfang ihrer Nebentätigkeiten angeben. So wird transparent, ob das Mandat immer noch im Mittelpunkt der jeweiligen Arbeit steht. Zudem sollen Nebeneinkünfte auf Euro und Cent genau veröffentlicht werden.

Seit meinem Einzug in den Landtag ist es mir wichtig, gegenüber den Bürger*innen offen und transparent zu sein. Daher habe ich auf meiner Internetseite sehr ausführlich beschrieben, welche Einkünfte und mandatsbezogene Ausgaben ich habe, welchen ehrenamtlichen Tätigkeiten ich nachgehe und wie hoch die jeweilige Aufwandsentschädigung dafür ist.

Infos zu meinen Einkünften und Nebentätigkeiten: anjabutschkau.de/diaeten

Mädchen und Frauen haben ein Recht auf Respekt und Sicherheit im Netz

Einer Studie von Plan International zufolge haben 70 % aller Mädchen und jungen Frauen in Deutschland bereits digitale Gewalt erfahren müssen. Diese Form der Gewalt äußert sich auf unterschiedlichste Art und Weise. Mal handelt es sich um unaufgeforderte pornografische Fotos, die ihnen zugesendet werden, Hasskommentare oder sexistische Beleidigungen bis hin zu sexualisierter Gewalt. Konsequenzen dieser Gewalt bleiben jedoch nicht im digitalen Raum, sie wirken sich auch auf das reale Leben der Nutzerinnen aus: 24 % der Opfer verspüren als Folge von Cyber-Sexismus körperlich wahrnehmbare Angst. Die Delikte sind damit ein Angriff auf die psychische und physische Unversehrtheit der Betroffenen. Infolgedessen ziehen sich vermehrt Nutzerinnen aus den sozialen Netzwerken zurück.

Doch das darf nicht die Lösung des Problems sein! Mädchen und junge Frauen haben ein Recht darauf, sich auch im digitalen Raum frei und sicher zu bewegen und dort ihre Meinung zu äußern.

Wir haben deshalb Cyber-Sexismus und digitale Gewalt mit einem Antrag im Landtag zum Thema gemacht und fordern ein, Mädchen und junge Frauen zu stärken. Dazu müssen wir in der Gesellschaft, in den Schulen und bei der Polizei Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit leisten. Dieses Deliktfeld muss außerdem besser wissenschaftlich erforscht werden, um die passenden Maßnahmen ableiten zu können. Um einen besseren Überblick über die unterschiedlichen Formen digitaler Gewalt zu ermöglichen, wollen wir eine Datenbank „Gewalt-Monitoring“ schaffen. Außerdem müssen die Fortbildungsangebote für Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen und Polizist*innen dementsprechend angepasst werden.

Unser Ziel ist es, dass sich Mädchen und Frauen wieder frei und sicher im Internet bewegen können. Sie sollen sich gehört und respektiert fühlen und aktiv in den digitalen Medien partizipieren können, ohne zu fürchten, belästigt oder beleidigt zu werden.

Antrag „Respekt und Empowerment für Mädchen und junge Frauen im Netz stärken – Cyber-Sexismus ein Ende setzen!“: bit.ly/3srHYZs
Video-Statement: bit.ly/3tWGJlA
Meine Rede im Plenum: fb.watch/4yZKyI0Fee
Welt-Mädchenbericht von Plan International: bit.ly/2NV4v1X

Paritätsgesetz geht in die entscheidende parlamentarische Phase

Auch 100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts ist die Gleichstellung in der Politik immer noch ein ungelöstes Problem. Der Frauenanteil unter den Abgeordneten im Landtag NRW beträgt in dieser 17. Wahlperiode lediglich rund 27 Prozent. Das ist weder repräsentativ, noch ist es gut für unsere Demokratie.

Deshalb hatten wir gemeinsam mit den Grünen im November 2019 einen Entwurf für ein Paritätsgesetz in den Landtag eingebracht, der die paritätische Besetzung der Wahllisten der Parteien zur Landtagswahl vorgibt. Der Gesetzentwurf geht nun in die entscheidende parlamentarische Phase: Am 11. März fand die öffentliche Anhörung von Sachverständigen statt. Im Vorfeld dazu hatten wir als SPD-Fraktion gemeinsam mit der Grünen-Landtagsfraktion zu einem digitalen Paritätsgipfel mit Expertinnen eingeladen. Zu Gast waren die ehemalige Richterin des Bundesverfassungsgerichts Dr. Christine Hohmann-Dennhardt und Dr. Helga Lukoschat, die Vorstandsvorsitzende der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft in Berlin. Gemeinsam haben wir darüber diskutiert, wie sich der verfassungsrechtliche Auftrag der Gleichstellung mit dem verfassungsrechtlichen Gebot der Wahl- und Parteienfreiheit vereinbaren lässt.

Christine Hohmann-Dennhardt fordert hier eine konsequente Anwendung des Gleichberechtigungsgebots aus Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes. Dieser Artikel regelt, dass der Staat die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördert und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken hat. Der verfassungsrechtliche Auftrag zur Gleichstellung darf hinter der Wahl- und Parteienfreiheit nicht zurückstehen. Zumal die Gesetzesänderung durch das Paritätsgesetz nur einen minimalen Eingriff in die Wahlfreiheit bedeutet, aber gleichzeitig einen wesentlichen Schritt für mehr Gleichstellung.

Wir wollen einen politischen Kulturwandel herbeiführen. Auch Helga Lukoschat findet, dass sexistische Strukturen in der Politik endlich aufgelöst werden müssen. In einer gleichberechtigten Gesellschaft sollten Männer nicht die politische Gestaltung dominieren und die Spielregeln, Werte und Handlungsmuster im politischen Alltag alleine gestalten. Ich bin überzeugt, dass Politik ohne Frauen nicht funktioniert, denn Demokratie braucht Demokratinnen! Mehr Frauen in der Politik bedeutet auch mehr Demokratie und mehr Gerechtigkeit durch mehr Vielfalt.

Daher waren wir uns auf dem Paritätsgipfel alle einig: Wir brauchen das Paritätsgesetz, damit Gleichberechtigung bei den Landtagswahlen gesetzlich verankert ist und Realitäten geschaffen werden.

Und mit dieser Meinung sind wir nicht alleine. Die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen NRW verabschiedete im Vorfeld eine Resolution zur Unterstützung der Gesetzesinitiative. Auch der Deutsche Juristinnenbund e.V., der FrauenRat NRW, der DGB und die AWO gaben befürwortende Stellungnahmen ab. Der FrauenRat NRW organisierte außerdem am Tag der Anhörung eine kleine Demo vor dem Landtag. So viel Zusammenhalt und Unterstützung macht Mut!

Die Anhörung selbst war von wirklich hochkarätigen Sachverständigen geprägt. Neben Dr. Christine Hohmann-Dennhardt waren das u.a. die Staatsrechtlerin Prof. Dr. Silke Ruth Laskowski und nicht zuletzt die grandiose Grande Dame der bundesdeutschen Politik Prof. Dr. Rita Süssmuth, die sich ebenfalls für die Einführung eines Paritätsgesetzes stark machte.

Aus der Anhörung nahm ich mit, dass ein Paritätsgesetz nicht per se verfassungswidrig ist. Gleichstellung, Wahlfreiheit und Parteienfreiheit sind drei gleichrangige Verfassungsgüter. Keines dieser Rechte darf zu Lasten eines anderen benachteiligt werden. Auch nicht die Gleichstellung. Es hängt also durchaus davon ab, wie gut man einen Eingriff in die anderen Rechte begründet. Die Urteile in Brandenburg und Thüringen, welche die dort eingeführten Paritätsgesetze für verfassungswidrig erklärten, sind nicht auf NRW übertragbar.
Deshalb lassen wir uns nicht von unserem Ziel abbringen, Frauen eine gleichberechtigte und damit gerechte Teilhabe an politischen Entscheidungen in NRW zu ermöglichen und so für Gleichstellung in der Politik zu sorgen! Wir halten an unserem Einsatz für ein Paritätsgesetz in NRW fest!

Gesetzentwurf für das Paritätsgesetz NRW: bit.ly/2PHskus
Resolution der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen NRW: bit.ly/31yuwHn

Ein Verbot der Prostitution löst keine Probleme

Sexkaufverbot ja oder nein – das ist hier die Frage. Wir setzen auf Schutz und Aufklärung statt Verbote. Nun gab es dazu einen gemeinsamen Antrag der demokratischen Parteien im Landtag. Seit mehr als anderthalb Jahren führen wir in der SPD-Landtagsfraktion die Diskussion um das Sexkaufverbot. Warum wir uns, warum ich mich mit dem Thema schwer tue? Weil sowohl die Befürworterinnen und Befürworter als auch die Gegnerinnen und Gegner gute Argumente auf ihrer jeweiligen Seite haben. Ich habe mich mit ihren Argumenten intensiv auseinandergesetzt – und es bleibt das Gefühl: Egal, welche Entscheidung wir treffen, sie hat immer einen faden Beigeschmack. Nichtsdestotrotz haben wir uns entschieden, uns gegen ein Verbot auszusprechen.

Die Schwed*innen haben bereits 1998 das so genannte Nordische Modell eingeführt. Es verbietet Prostitution, verfolgt Freier strafrechtlich, entkriminalisiert Prostituierte und bietet Ausstiegshilfen ebenso an wie eine Aufklärung der Gesellschaft. Diesem Modell sind Länder wie Norwegen, Irland und Kanada gefolgt. Viele dieser Punkte sind auch für mich unstrittig. Ich finde jedoch, wir müssen auch die Frauen unterstützen, stärken und begleiten, die nicht aussteigen wollen. Was sich in den vergangenen zwanzig Jahren gezeigt hat: Das Sexkaufverbot hat in Schweden nicht dazu geführt, dass Menschenhandel und Zwangsprostitution nachhaltig bekämpft werden konnten. Meiner Meinung nach verlagern Verbote Prostitution nur an andere Orte, wo sie weitaus weniger transparent und damit für die Betroffenen weitaus gefährlicher ist. Damit liegen die Gegenargumente auf der Hand: Prostitution verschwindet in den Untergrund, Gewalt gegen Prostituierte nimmt zu, der Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung und zu sozialen Leistungen ist für die Betroffenen schwieriger. Umstände, die wir mit dem Prostituiertengesetz von 2002 eigentlich bekämpfen wollten. In unserer Gesellschaft kann jede Frau und jeder Mann selbstbestimmt entscheiden, wie sie oder er den Lebensunterhalt verdienen möchte – das schließt auch die freiwillige Prostitution mit ein. Wer jedoch dazu gezwungen wird, ist ein

Opfer von Zwangsprostitution, möglicherweise sogar von Menschenhandel. Das bleibt unbestritten eine Straftat, die verfolgt werden muss! Und zwar viel schärfer und konsequenter, als es heute der Fall ist. Auch der Opferschutz muss in diesem Bereich verbessert werden.
Bei dem Thema sind wir uns u.a. mit dem Deutschen Frauenrat, der Aidshilfe Deutschland, der Diakonie und der Dortmunder Mitternachtsmission einig. Statt eines Sexkaufverbots bedarf es mehr Unterstützung für die Menschen, die diesem Beruf nachgehen. Wir müssen unseren Blickwinkel verändern: weg von der Stigmatisierung der Prostitution, hin zum Schutz in der Prostitution. So kann es uns gelingen, die Aufklärung voranzutreiben.
Und bitte lasst uns auch bei dieser Diskussion solidarisch und friedlich miteinander umgehen. Unabhängig davon, wie emotional diese Diskussion geführt wird, darf sie nicht dazu führen, dass sich Gegnerinnen und Gegner sowie Befürworterinnen und Befürworter gegenseitig diffamieren. Damit ist wirklich niemandem geholfen – schon gar nicht den betroffenen Frauen.

Entschließungsantrag „Nein! Zum Sexkaufverbot des Nordischen Modells – Betroffenen helfen und nicht in die Illegalität abschieben“: bit.ly/31o4uXf
Gemeinsames Positionspapier von Verbänden, Fachberatungsstellen und anderen Organisationen „Unterstützung statt Sexkaufverbot“: bit.ly/3u1UVK5

Verantwortungslos: Entlassungen von 800 Müttern bei H&M

Es ist ein Skandal, was Ende Januar über die Entlassungspläne der Modekette H&M bekannt wurde: Übereinstimmenden Medienberichten zufolge plant H&M, in den kommenden Monaten 800 Stellen in Deutschland abzubauen. Dieser Stellenabbau soll vor allem Mütter in Elternzeit betreffen. Das ist verantwortungslos und dreist. Es ist unfassbar, wie ein Unternehmen Frauen diskriminiert, nur weil sie als Mütter angeblich weniger leisten als andere Mitarbeiter*innen. Von einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der damit verbundenen Wertschätzung für die Arbeit von Müttern, möchte das Unternehmen scheinbar nichts wissen. Wir appellieren an die Geschäftsführung, diese Planungen zu stoppen, damit diejenigen Mütter, die sich in Elternzeit befinden, eine entspannte Elternzeit ohne Zukunftsängste haben können.

Frauenmonat März: Gleichstellung muss endlich umgesetzt werden!

Der Monat März stand ganz im Zeichen der Frauenrechte: Angefangen mit dem Equal Care Day, über den Weltfrauentag am 8. März und den Equal Pay Day bieten diese Aktionstage die Gelegenheit, auf die Benachteiligung von Frauen in unserer Gesellschaft aufmerksam zu machen. Im Zuge der Frauenkampfwoche habe ich in diesem Jahr viele Online-Veranstaltungen besucht, um über Gleichstellungsthemen zu diskutieren.
So war ich z.B. beim „FemTalk“ des AStA der TU Dortmund in Kooperation mit der Auslandsgesellschaft und Europe Direct Dortmund zu Gast, bei dem wir über die Herausforderungen von Frauen in der heutigen Zeit diskutierten.

Frauen sind die Stütze unserer Gesellschaft - sie übernehmen häufig die so wichtige Care-Arbeit, die Kindererziehung und sind in systemrelevanten Berufen tätig. Dafür verdienen sie nicht nur unseren Respekt, sondern endlich echte Gleichberechtigung! Eine ganz zentrale Forderung der SPD ist dabei die Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern. Laut neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamts verdienten Frauen im vergangenen Jahr mit durchschnittlich 18,62 Euro brutto pro Stunde 4,16 Euro weniger als Männer mit 22,78 Euro. Das entspricht einer Lohnlücke von 18% - das ist untragbar! Wir fordern eine faire Bezahlung von Frauen. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit muss endlich umgesetzt werden!

Für eine echte Gleichstellung in der Gesellschaft brauchen wir auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und das für beide Elternteile. Nur so kann dem Gender Care Gap, also der ungleichen Verteilung der Care-Arbeit zwischen Frauen und Männern, entgegengewirkt werden. Dafür müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Auch bestehende Arbeitszeitmodelle müssen neu und flexibler gedacht werden. Eine Möglichkeit bietet hier z.B. die 32-Stunden-Woche als Vollzeit-Job. Neben weiteren gleichstellungspolitischen Themen war dies auch Thema einer weiteren interessanten Online-Veranstaltung („32-Stunden-Vollzeit statt Blumen“) der Friedrich-Ebert-Stiftung im Zuge der Frauenkampfwoche, bei der ich „auf dem Podium“ saß.

Schließlich lud ich als Vorsitzende mit meiner Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der NRWSPD noch selbst zu einem Online-Talk mit meiner Ver.di Kollegin Diane Tigges-Brünger ein. Unter dem Titel *AfA NRW für Gute Arbeit: konkret - „Was verdient die Frau: Entgeltgleichheit!"* diskutierten wir am Equal Pay Day, welchen Beitrag Gewerkschaften und Politik zu unserem gemeinsamen Ziel der Entgeltgleichheit beitragen müssen. Es besteht noch viel Handlungsbedarf, aber wir bleiben dran!

Informationen zum Equal Pay Day: equalpayday.de

Neue Reihe auf Facebook: „Schwestern“

Es gibt so viele tolle Frauen aus Politik, Kunst oder Wissenschaft, über die wir viel zu wenig wissen. Das muss sich ändern, habe ich mir gedacht, und Anfang des Jahres die Reihe „Schwestern“ ins Leben gerufen. Auf meiner Facebookseite Anja Butschkau berichte ich seitdem regelmäßig über Frauen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen, die mich faszinieren – und das unabhängig von ihrem Parteibuch. So habe ich z.B. schon über die die vier Mütter des Grundgesetzes Friederike Nadig, Elisabeth Selbert, Helene Weber und Helene Wessel berichtet. Aber auch persönlichere Beiträge waren dabei, wie der über meine verstorbene Freundin und langjährige Vorsitzende der AWO Dortmund Gerda Kieninger. Schaut gerne mal auf meiner Facebookseite vorbei, ich würde mich freuen!

Schwestern-Beitrag über die vier Mütter des Grundgesetzes: bit.ly/3rBjiwD
Schwestern-Beitrag über Gerda Kieninger: bit.ly/3sAzrDP
Schwestern-Beitrag über Beate Klarsfeld: bit.ly/3sFNE29
Schwestern-Beitrag über Rosa Luxemburg: bit.ly/31B6iw9
Schwestern-Beitrag über Clara Zetkin: bit.ly/31wxa0f

CDU und FDP vergeben die Chance, mehr Licht ins Dunkelfeld der Kriminalität zu bringen

Schon im letzten Jahr brachte die SPD-Fraktion NRW einen Antrag zur Einführung eines wissenschaftlich fundierten Periodischen Sicherheitsberichts ein, der nun abschließend beraten wurde. Damit wollten wir sicherstellen, dass mehr Licht ins Dunkelfeld der Kriminalität in NRW kommt, denn momentan besteht die amtliche Berichterstattung lediglich aus der Auswertung statistischer Daten der Polizei, also angezeigter Delikte.

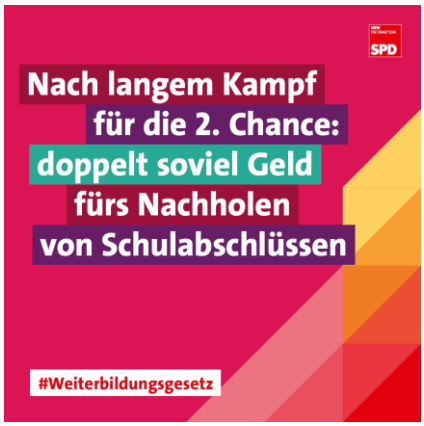
Wie dringend an dieser Stelle Handlungsbedarf besteht, hat die Antwort auf unsere Große Anfrage zur Lage bei Polizei und innerer Sicherheit in NRW noch einmal bestätigt. Die Zahlen der von der Polizeistatistik erfassten Straftaten sind zwar rückläufig, das große Dunkelfeld wächst aber weiter.

Mit einem regelmäßigen Sicherheitsbericht könnten neue Erkenntnisse für die zukünftige Präventionsarbeit gesammelt werden, sodass die Polizei mittelfristig zielgerichteter vorgehen und ihre Strategien zur Verbrechensbekämpfung optimieren könnte.

Antrag „Klarheit über die Kriminalitätsentwicklung schaffen - Nordrhein-Westfalen braucht einen Periodischen Sicherheitsbericht“: bit.ly/3m2ND65
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage „Wie ist die Lage bei Polizei und innerer Sicherheit in Nordrhein-Westfalen?“: bit.ly/39rn1Gx

Novellierung des Weiterbildungsgesetzes: Weiterbildung zukunftsfähig gestalten

Gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen im Landtag wollen wir das Weiterbildungsgesetz novellieren und damit auf neue Herausforderungen wie beispielsweise das Lehren und Lernen im digitalen Wandel oder die Integration neu Zugewanderter in Arbeitswelt und Gesellschaft eingehen. Der Gesetzentwurf sieht vor, die institutionelle Förderung der Einrichtungen deutlich zu verbessern und ihre Flexibilität und Innnovationskraft durch zusätzliche Förderinstrumente zu stärken, z.B. durch eine reine Personalkostenfinanzierung, die Vereinfachung der Beantragung von Fördermitteln, die Einrichtung eines Innovationsfonds, die Verdoppelung des Budgets für das Nachholen von Schulabschlüssen, die Vernetzung zwischen regionalen Volkshochschulen oder eine bessere trägerübergreifende Beratung.

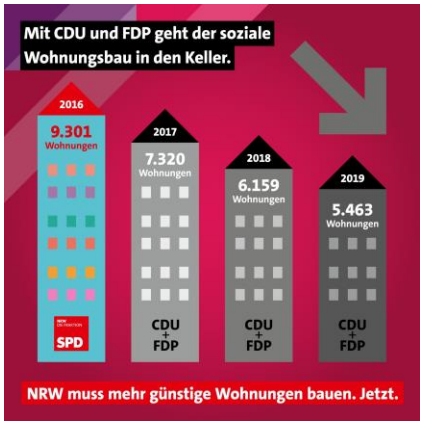


Die förderfähigen Bildungsangebote werden deutlich ausgeweitet, so z.B. im Bereich Kultur, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung. Ergänzend dazu wird der Stellenwert von politischer Bildung durch die ausdrückliche Benennung der notwendigen demokratischen Bildung im Weiterbildungsgesetz deutlich hervorgehoben.

Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes NRW: bit.ly/3sCT8KX
Entschließungsantrag „Weiterbildung in NRW stärken und zukunftsfest aufstellen – Novellierung des Weiterbildungsgesetzes (WbG) auf den Weg bringen“: bit.ly/3ruRr0U

Sozialer Wohnungsbau im Keller

Bezahlbarer Wohnungsraum wird immer knapper. Während die Mieten steigen, sinkt die Zahl der geförderten Wohnungen weiter. Das finde ich erschreckend! Dabei wird deutlich, dass die schwarz-gelbe Landesregierung weiter ihre eigene Klientel bedient. Anstatt mehr bezahlbare Mietwohnungen für die vielen Menschen mit einem kleineren Einkommen zu fördern, bevorzugt sie lieber Besserverdienende beim Bau des Eigenheims.



Dabei ist es gar nicht so schwierig: gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsgenossenschaften unterstützen, Landesbaugesellschaft schaffen, um auch in den Kommunen etwas zu bewegen, in denen es nur noch private Anbieter gibt und eine restriktive Baulandpolitik. Wir machen es mit unserem Wahlprogramm vor: Investitionszuschüsse, günstige Förderkredite, unbefristete Mietpreisobergrenzen, Erbpachtmodelle für nachhaltige Nutzung zu Wohnungszwecken und Belegbindungen. Das sind wichtige Bausteine, damit bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft verfügbar ist!

Die doppelte Staatsbürgerschaft ausnahmslos ermöglichen

Gastarbeiter. Allein die Bezeichnung gibt die Lebensleistung vieler Menschen, die vor vielen Jahrzehnten ins Land gekommen sind, nicht wieder. Sie haben im Alter mehr verdient als bürokratische Hürden, um in der Gesellschaft vollständig teilnehmen zu können. Deshalb wollen wir die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen. Ziel ist eine Stärkung der Teilhaberechte und eine Stärkung der Zugehörigkeit von Minderheiten. Das ist unsere Antwort auf die Versuche der Ausgrenzung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe und Religion. Es kann nicht sein, dass Bürgerinnen und Bürger mit Migrationsgeschichte, die seit vier Generationen in Deutschland und in NRW leben, zum großen Teil nicht einmal den Bürgermeister ihrer Stadt mitwählen dürfen. Das wollen wir ändern!

Video „Die doppelte Staatsbürgerschaft ausnahmslos ermöglichen“: fb.watch/4zV2oq4ibY
Antrag „Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts dringend erforderlich – Doppelte Staatsbürgerschaft ausnahmslos ermöglichen“: bit.ly/39p072Q

Teilhabe wohnungsloser Menschen in NRW stärken

Mehr als 46.000 Personen in NRW sind laut dem statistischen Landesamt derzeit wohnungslos. Diesen Menschen wird der Zugang zu einem menschenwürdigen Leben nicht erfüllt und sie drohen, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden. Dem will die SPD-Landtagsfraktion entgegenwirken und fordert deshalb eine Selbstvertretung und mehr Gehör für wohnungslose Menschen. Ihnen muss die Teilhabe ermöglicht werden, denn sie gehören ebenso zu unserer Gesellschaft wie alle anderen Menschen. Wir setzen uns für ein Modellprojekt für eine landesweite Koordinierungsstelle der Selbstvertretung wohnungsloser Menschen in NRW ein. Außerdem soll eine Studie in Auftrag gegeben werden, die gezielt erforscht, wie Selbstbestimmung, Teilhabe und Partizipation der Betroffenen gestärkt werden können.

Antrag „Wohnungslosigkeit in NRW: Partizipationsmöglichkeiten der Menschen verbessern!“: bit.ly/3m5nqUb

Damit #SowiBleibt!

FDP-Schulministerin Yvonne Gebauer und die schwarz-gelbe Landesregierung wollen das Schulfach „Sozialwissenschaften“ abschaffen und durch das Fach „Wirtschaft/Politik“ ersetzen. Dagegen wehren sich über 40.000 Menschen in einer Online-Petition, die wir unterstützen.
Eine starke Demokratie braucht aufgeklärte Bürger*innen. Gerade in Zeiten, in denen Demokratieverdrossenheit und Radikalisierung zunehmen, wird das deutlich. Die Themen des Fachs SoWi sind vielseitig – von wirtschaftlichen Zusammenhängen über die Rolle des Sozialstaats bis hin

zu Identitätsfragen – und wichtig für junge Menschen und eine demokratische Gesellschaft. Sozialwissenschaften fördern kritisches Denken und die konstruktive Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und politischen Sachverhalten. Ich sage deshalb: die Einführung zusätzlicher wirtschaftswissenschaftlicher Unterrichtsinhalte darf nicht zu Lasten sozialwissenschaftlicher Inhalte geschehen. Wir fordern, dass #SowiBleibt.

Online-Petition „Das Fach Sozialwissenschaften darf nicht abgeschafft werden“: bit.ly/3tU4xGC

Herzlich Willkommen im Team! Neue Mitarbeiter in Wahlkreis und Landtag

Mit einem lachenden, aber auch mit einem weinenden Auge habe ich meinen Mitarbeiter Jan-Joschka Pogadl Ende Februar verabschiedet. Ich freue mich für ihn, dass er sich als Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion beruflich weiterentwickeln wird, verliere dadurch aber auch einen guten und sehr engagierten Mitarbeiter. Für die neue berufliche Herausforderung wünsche ich ihm jedenfalls viel Erfolg.

Nun freue ich mich aber auch auf die Arbeit mit meinem neuen Büro-Team. Robert Beckmann ist seit diesem Monat Euer neuer Ansprechpartner im Wahlkreisbüro. Ihr erreicht ihn montags bis freitags von 8 bis 14 Uhr unter 0231 / 58 56 18. Ebenfalls neu im Team ist Larissa Lehr. Sie hatte im letzten Jahr bereits ein Praktikum bei mir absolviert und unterstützt mich und meinen Büroleiter Martin Schmitz nun bei unserer Arbeit im Landtag und bei der Öffentlichkeitsarbeit. Ihr erreicht sie dienstags und mittwochs unter 0211 / 884 2618. Herzlich willkommen im Team!

Infos zum Wahlkreisbüro: anjabutschkau.de/wahlkreisbuero

1,26 Millionen Euro für die Modernisierung der Sportanlagen im Wahlkreis

Die Sportvereine in Dortmund tragen zu einem breiten und integrativen Freizeitangebot und lebenswerten Stadtteilen bei. Sie sind Orte des Miteinanders, der Gesundheitsförderung und des Leistungssports. Der Einsatz für den Vereinssport und moderne Sportstätten liegt mir deshalb besonders am Herzen. Deshalb hatte ich in der Vergangenheit auch alle Vereine in meinem Wahlkreis angeschrieben und ermutigt, die Gelegenheit zu nutzen, um Fördergelder für Sanierungs- und Ausbauprojekte zu beantragen.

Und so freut es mich, dass gleich neun Vereine aus meinem Wahlkreis eine Förderung aus dem Förderprogramm „Moderne Sportstätten 2022“ erhalten: THC Blau-Weiß Lütgendortmund e.V., Turn- und Sportverein Dortmund-Kruckel 1910 e.V., Reit- und Fahrverein Dortmund-Barop und Umgebung e.V., Tennis-Sport-Club Hansa Dortmund e.V., Spielverein Westrich 55 e.V., FC Brün-

ninghausen 1927 e.V., TuS Holzen-Sommerberg 92/07 e.V., Kultur Aktiv e.V. und das Tanzsportzentrum des TSC Dortmund. Insgesamt fließen damit 1,26 Millionen Euro in die Modernisierung der Sportstätten dieser Vereine.
Ganz unterschiedliche Projekte werden dabei unterstützt, angefangen von Modernisierungen der Flutlichtanlagen über die Renovierungen von Duschen bis zur Erneuerung der Hallenböden.

Die Einzelhändlerinnen in Hörde melden sich zu Wort!

Gemeinsam müssen wir uns gegenseitig unterstützen – dabei ist Solidarität für mich mehr als nur ein Wort! Und deswegen war es für mich selbstverständlich, dass ich – unterstützt durch den Hörder SPD-Ratsvertreter Bernhard Klösel - die Hörder Einzelhändlerinnen bei ihrer tollen Aktion zum Weltfrauentag besuchte und mich bei ihnen bedankte.
Susanne Bräuning, Inhaberin der Kaffeerösterei „Röstwerk Hörde“ organisierte die Initiative „Wir machen AUF...merksam“. Die Initiative will – wie der Name es sagt - auf die Situation der Inhaberinnen im Hörder Einzelhandel aufmerksam machen. In diesem Jahr standen vor allem die Corona-Pandemie und deren Auswirkungen auf die über 30 Hörder Geschäfte, die von Frauen geführt werden, im Mittelpunkt. Die Einzelhändlerinnen verschenkten zu diesem Anlass Blumen an ihre treuen Kund*innen.
Um diese Aktion zu unterstützen sind Bernhard und ich von Laden zu Laden gezogen, um uns bei den Besitzerinnen über ihre aktuelle Situation zu informieren. Mit dabei im Korb: ein kleines Dankeschön-Geschenk – selbstproduzierte Seifen – für die tapferen Ladeninhaberinnen und ihre Aktion. Es ist nicht nämlich nicht selbstverständlich, dass am ersten Tag der Corona-Lockerungen die Geschäfte eine solche Aktion mit so viel Fleiß und Einsatz organisierten, bei der es dann auch noch um Gleichstellung ging.
Ein starker Einzelhandel leistet einen sehr wichtigen Beitrag für die Lebensqualität vor Ort. Normalerweise sind die Einzelhändler*innen in Hörde jeden Tag für uns Kund*innen da. Jetzt sind sie seit Monaten in einer schweren Situation und brauchen deshalb nun unsere Unterstützung. Ich werde mich weiter für auskömmliche wirtschaftliche Hilfen für Kleinunternehmen und Selbständige und die Förderung des Einzelhandels in den Stadtteilzentren einsetzen.

Studierende in der Corona-Krise nicht vergessen

Studieren während Corona ist hart! Vor allem, wenn Studierende in ihrer Situation alleine gelassen werden. Es hapert an vielen Ecken und Kanten: wegfallende Nebenjobs, hohe Mietkosten, steigende Energiekosten durch höheren Verbrauch und hohe psychische Belastung durch eingeschränkten Austausch mit Kommiliton*innen.
Über diese und weitere Themen stehe ich mit Vertreter*innen des AstA der TU Dortmund und des AStA der FH Dortmund regelmäßig im Austausch. Zuletzt veranstalteten wir im Februar ein

gemeinsames Online-Austauschgespräch mit Studierenden. Auch der wissenschaftspolitische Sprecher unserer Fraktion Dietmar Bell nahm daran teil.

Es ist deutlich geworden, dass die Überbrückungshilfen für Studierende leider nicht wie geplant funktionieren. Selbst der Höchstbetrag deckt kaum die monatlichen Lebenshaltungskosten ab, geschweige denn Anschaffungskosten, z.B. wenn der Laptop defekt ist. Auch die Online-Lehrangebote seien nicht zufriedenstellend. Fehlende Netiquette, Kamerapflicht bei Seminaren, Vorlesungen und Klausuren sowie langsame, abbrechende Internetverbindungen sind nur einige der Probleme, denen sich Studierende täglich stellen müssen. An der FH stehen gerade einmal zehn Verleih-Laptops für 10.000 Studierende zur Verfügung. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass Studierende für die technische Ausstattung Hilfen aus dem Corona-Rettungsschirm erhalten.

Auch häufig wechselnde Studienordnungen im laufenden Semester seien ein Problem oder auch die ungleiche Anwendung der sogenannten Freischussregelung. Nach dieser erhalten Studierende aufgrund der erschwerten Studienbedingungen während Corona einen zusätzlichen Versuch, eine missglückte Prüfung zu wiederholen. Allerdings wenden nur wenige Hochschule diese Regelung an, was zu Ungerechtigkeiten zwischen den Studierenden unterschiedlicher Hochschulen führt. Die Landesregierung ist deshalb gefordert, klare Rahmenbedingungen zu schaffen, die von den Hochschule auch umgesetzt werden müssen, um die Voraussetzung für gleiche und erfolgreiche Prüfungsphasen zu schaffen.

Butschkau unterwegs

Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Nach drei Jahren guter und vertrauensvoller Zusammenarbeit hieß es Abschied nehmen. Mein Mitarbeiter Jan-Joschka Pogadl verlässt mein Büro in Richtung SPD-Ratsfraktion Dortmund. Mach's gut, Jan!

Während der Internationalen Woche gegen Rassismus zeigt die AWO Dortmund Flagge.

Die Folgen des Lockdowns trifft vor allem Kolleg*innen in der Gastronomie. Mit der Gewerkschaft NGG machten sie auf ihre Sutation aufmerksam.

Der FrauenRat NRW unterstützte unsere Forderung nach einem Paritätsgesetz und organisierte eine Demonstration vor dem Landtag.

Zentrale Prüfungen in der 10. Klasse trotz Distanzunterricht. Viele Eltern und Schüler*innen sagen Nein.

Die Landeselternschaft der Integrierten Schulen NRW sammelte ihre Protestbriefe und übergab Nadja Lüders und mir die Briefe Dortmunder Eltern und Schüler*innen.